

Hauptidentität

Von: "Richard Pitterle" <r.pitterle@t-online.de>
An: "Hans und Renate Ambros" <h.ambros@t-online.de>
Gesendet: Donnerstag, 5. September 2013 01:27
Betreff: A 81

Sehr geehrter Herr Ambros,

Ihr offener Brief vom 29.8.2013 hat mich heute erreicht und bevor ich im Auftrag der Fraktion nach Lissabon fahre, wollte ich darauf antworten, wobei ich selbstverständlich mit der Veröffentlichung meiner Antwort einverstanden bin.

Sie fragen mich, inwieweit Sie mit meiner nachhaltigen Unterstützung rechnen können. Die Antwort darauf will ich nicht schuldig bleiben: Ich halte es für erforderlich, dass ein Deckel so schnell wie möglich kommt. Dafür setze ich mich uneingeschränkt und nachhaltig seit meiner Wahl 2009 in den Bundestag ein. Im Gegensatz zu meinen beiden Kollegen der Regierungskoalition habe ich nicht das Druckmittel, der Regierung damit zu drohen, dass ich dem Haushalt-Einzelplan „Verkehr“ nicht zustimmen werde, wenn er die Mittel für den Deckel an der A81 nicht enthält. Denn auf meine Stimme ist die Regierungskoalition nicht angewiesen. Sollte sich das nach der Wahl am 22.9.2013 ändern, würde ich entsprechend handeln.

Wir haben möglicherweise unterschiedliche Vorstellungen über die Finanzierung des Projekts und darüber, wer für die eingetretene Verzögerung zuständig ist. Tatsache ist erst einmal, dass die Strassenbaulast, also die Verpflichtung sämtliche mit dem Bau, dem Betrieb und Unterhaltung erforderlichen Pflichten zu tragen, nach § 5 Bundesfernstrassengesetz dem Bund obliegt. Damit obliegt dem Bund auch die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen, also des Deckels.

Den Aktivitäten Ihrer Initiative und dem sich daraus ergebenden Druck ist es zu verdanken, dass die Bundes- und Landespolitiker zu der Einschätzung kamen, dass es besser wäre, das Problem vor der Wahl 2009 abzuräumen und man schloss einen Kompromiss, den auch bekanntlich die Bürgerinitiative begrüßte. Dieser beinhaltete die Festlegung, in welchem Umfang sich Land, Kreis und die beiden Städte sich an den Kosten, die eigentlich der Bund allein zu tragen hätte, beteiligen würden. Eine Finanzierungsvereinbarung wurde nicht schriftlich fixiert, deshalb wurde auch nicht vereinbart, was passieren würde, wenn die Kosten explodieren. Als ich kurz nach meiner Wahl anlässlich eines Empfangs beim SWR die ehemalige Staatssekretärin Roth (SPD) auf die Notwendigkeit einer schriftlichen Vereinbarung ansprach, war sie ziemlich genervt, sie könne das Thema nicht mehr hören, man brauche keine weitere Vereinbarung, es würde demnächst mit der Planfeststellung losgehen. Das haben offensichtlich alle Beteiligten bei der Festlegung 2009 gedacht. Aber offensichtlich gab es im Bundesverkehrsministerium mit dem Wechsel des Ressorts an die CSU andere Schwerpunkte: Sonst ist nicht zu erklären, dass vier Jahre nach der Vereinbarung von 2009 noch nicht mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen wurde.

Mittlerweile liegen neue Zahlen über die Kosten vor und beiden Städte waren bereit ihren 2009 zugesagten Anteil aufzustocken, wofür ich mich ausdrücklich im Gemeinderat, zum Beispiel in meiner Rede zum Haushalt 2013 eingesetzt habe. Auch wenn ich leider nicht an der kurzfristig einberufenen gemeinsamen Sitzung des Gemeinderats am 24. Juli 2013 teilnehmen konnte, weil ich eine Besuchergruppe aus dem Kreis in Berlin hatte, habe ich Verständnis dafür, dass OB Dr. Vöhringer das Kostenrisiko für die Stadt bei den Verhandlungen eingrenzen will. Dass eingedenk der Tatsache, dass die Finanzierung des Deckels in die Zuständigkeit des Bundes fällt und die Übernahme eines Teils der Kosten durch die Städte Sindelfingen und Böblingen ein im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu begrüßendes Zugeständnis an den Bund war. Da wir ehrlich miteinander sein wollen, habe ich ein wenig Sorge, dass sich die Bürgerinitiative bestimmt guten Glaubens einspannen lassen könnte, dem Interesse des Bundes entsprechend die Städte unter Druck zu setzen anstelle des Bundes weitere Kosten zu übernehmen, weil den Städten der Schwarze Peter für die verspätete Aufnahme des Planfeststellungsverfahrens zugeschoben wird. Die Bürgerinitiative sollte meines Erachtens den Druck auf den Bund erhöhen, der sich vier Jahre mit der Finanzierungsvereinbarung Zeit gelassen hat und jetzt versucht über den aufgebauten Zeitdruck die Kosten, soweit wie möglich auf andere Beteiligte abzuwälzen. Zusammen gefasst: Ich setze mich weiterhin für den möglichst baldigen Beginn des Baus des Deckels ein. Im Gegensatz zu Ihnen sehe ich den Schwarzen Peter nicht bei den Städten Sindelfingen/Böblingen, sondern auf der Bundesebene. Unabhängig von dieser unterschiedlichen Beurteilung hoffe ich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen